

Kreisparteitag / 24. März 2010

Antrag Nr. 4

Antragsteller: Klaus Kerth

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Versammlung fordert die Führung der CDU Deutschlands und die Bundesregierung auf, allen Versuchen zu widerstehen, die Finanzprobleme einzelner EU-Staaten mit einem zu bildenden Notfallfonds zu lösen.

Begründung:

1. Die europäischen Verträge verbieten solche Hilfen.
2. Artikel 122 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erlaubt Hilfen als Reaktion auf Naturkatastrophen oder „außergewöhnliche Ereignisse“, die sich der Kontrolle des verschuldeten Staates entziehen.
3. Betrug, Trickserei in Statistiken, Fälschungen und unsolides Finanzgebaren dürfen nicht durch Einsatz unserer Steuergelder belohnt werden.

Es wurde mit großer krimineller Energie betrogen und es sind weder Naturkatastrophen noch „außergewöhnliche Ereignisse“, die sich der Kontrolle der verschuldeten Staaten entziehen. Außerdem wäre dies ein deutlicher Hinweis darauf, dass der Stabilitätspakt ausgedient hat und das Vertrauen in den Euro würde dramatisch beschädigt. Die betreffenden Staaten sollen durch höheren Zinsaufwand die Folgen Ihres Handelns verspüren. Internationale Hilfe würde den Druck zur Veränderung und Besserung aufheben und weitere Staaten könnten auch den bequemen Weg der höheren Verschuldung gehen. Die griechischen Gewerkschaften rufen zum Generalstreik, weil das Renteneintrittsalter von 61 auf 63 Jahre erhöht werden soll. Sollen deutsche Arbeitnehmer dann vielleicht bis 69 arbeiten, damit die Griechen den Vorruhestand

weiter mit 61 genießen können? Griechenland muss in der Realität ankommen und begreifen, dass es viel zu lange über seine Verhältnisse gelebt hat. Wenn wir einen starken und stabilen Euro und ein stabiles, von den Bürgern getragenes Europa wollen, darf Hilfe nur zur Abwehr von Schaden für die Gemeinschaftswährung unter **harten und schmerzhaften Auflagen für die Defizitsünder** erfolgen, ansonsten müssen wir hier konsequent und deutlich **NEIN** sagen.

b. w.

Prominente Gegner (siehe FAZ vom 11.02.2010):

Otmar Issing – früherer EZB-Volkswirt

Wolfgang Franz – Vorsitzender des Sachverständigenrates

Thomas Straubhaar – Präsident des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts

Jean-Claude Trichet – EZB-Präsident

Alexander Dobrindt – geschäftsführender Generalsekretär der CSU

Jürgen Stark – EZB-Chefvolkswirt

Sie alle befürchten Dominoeffekte und Schaden für den EURO!!